

schränken, Maßnahmen zur Qualifizierung der Fertigungsdisponenten und zur Senkung des Arbeitsstundenausfalls für gesellschaftliche Arbeit. Die Werkleitung verpflichtete sich, die Bewegung zum Abschluß von Patenschaftsverträgen mit Jungarbeitern zu fördern und durch ein Kollektiv neue Richtlinien für die Brigadier-Zuschläge ausarbeiten zu lassen. Durch Aussprachen mit der Belegschaft sollen diese Maßnahmen vorbereitet werden. Die Abteilung Arbeit erhielt den Auftrag, die Bewertungsgrundlage für das Prämiensystem zu überarbeiten und nach entsprechender Diskussion im Betrieb anzuwenden. Mit den Meistern findet eine Besprechung über die Art der Kontrolle der Lohnscheine statt. Des weiteren wird in Produktionsberatungen, in Brigadier- und Meisterschulungen diskutiert, um Maßnahmen vorzubereiten, die die Normenarbeit verbessern sollen.

In Übereinstimmung mit der Parteileitung des Schlepperwerks unterbreiteten die Genossen der Bank auch dem 1. Kreissekretär, Genossen Heyl, und dem Genossen Gerdes, Sekretär für Wirtschaftspolitik der Kreisleitung Nordhausen, Vorschläge. In Anbetracht der Lage im Schlepperwerk erkannten die Genossen der Kreisleitung, wie gut der Vorschlag der Genossen von der Bank ist, in einer Kreisleitungssitzung zusammen mit ihnen und einigen Genossen aus dem Werk eine Beschlußvorlage zu erörtern, um die Lage im Schlepperwerk grundsätzlich zu verändern und auch den anderen Betrieben des Kreisgebiets zu zeigen, wie die Aufgaben zu lösen sind.

In der Sitzung der Kreisleitung am 25. November 1955 referierte Genosse Heyl über die Auswertung des 25. Plenums des ZK im Kreisgebiet Nordhausen. Genosse Gerdes begründete im einzelnen die Beschlußvorlage. Diese sah neben verschiedenen anderen Fragen in bezug auf das Schlepperwerk folgendes vor:

Die Abteilung Wirtschaftspolitik führt ein Seminar mit den Parteisekretären und Werkleitern der Schwerpunktbetriebe zur Auswertung des 25. Plenums des ZK anhand des Beispiels der Untersuchungsergebnisse der Deutschen Notenbank im Schlepperwerk durch.

Die Kreisleitung empfiehlt der Parteileitung des Schlepperwerkes, in einer Leitungssitzung die Ergebnisse der Untersuchung durch die Deutsche Notenbank zu beraten.

Ausgehend von den Parteigruppen, wird zu Ehren der 3. Parteikonferenz eine Verpflichtungsbewegung entfaltet und eine ökonomische Konferenz, die im I. Quartal 1956 stattfinden soll, vorbereitet. Eine Brigade von vier Parteiaktivisten unterstützt die Arbeit der Betriebsparteiorganisation.

Das Büro der Kreisleitung wird beauftragt, in einer Bürositzung im Januar 1956 die Durchführung der Beschlüsse zu kontrollieren und ihre Auswirkung im Werk zu überprüfen.

In einer Kreisparteiaktivtagung zur Auswertung der 25. Tagung des ZK und in Berichtswahlversammlungen wird das Beispiel Schlepperwerk benutzt, um allen Betrieben des Kreises Nordhausen die bisherigen Erfahrungen zu vermitteln.

Die leitenden Genossen des Betriebes und der Bank arbeiten gemeinsam mit der Abteilung Wirtschaftspolitik der Kreisleitung Empfehlungen für die Hauptverwaltung Landmaschinenbau aus.

Den Funktionären der IG Metall wird empfohlen, mit den BGL-Vorsitzenden Seminare durchzuführen, in denen besonders die Aufgaben der Gewerkschaft im Kampf um die Senkung der Selbstkosten zu behandeln sind.

In der Diskussion auf der Kreisleitungssitzung erläuterten die Genossen von der Bank die Bedeutung der Einheit von Ökonomie und Politik und der Ausnutzung der Kontrolle durch die Mark bei der Verwirklichung des Kontrollrechts